

Interview mit der Präsidentin der Universität Göttingen Professor Dr. Ulrike Beisiegel

Nachhaltigkeitskonferenzen sind ja en vogue? Was ist das besondere dieser Konferenz zwischen der VDW und der Universität Göttingen?

Ulrike Beisiegel: Das besondere an dieser ist, erstens, dass eine Universität eine solche Tagung macht ist, und zweitens, dass Universitäten, die sich dem Thema Nachhaltigkeit als Universität bisher kaum oder nicht gewidmet haben – bisher waren es immer einzelne Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler – dieses jetzt tun. Zunehmend werden auch an Universitäten die Forderungen gestellt, sich mit gesellschaftlich relevanten Problemen zu beschäftigen und ihre Forschung daraufhin zu orientieren. Konkret heißt das für die Universität Göttingen, dass wir schon heute durch die Forst-, Agrar- und Biowissenschaften, Biodiversität einen hohen Bezug zum Thema Nachhaltigkeit haben, dieses aber ausbauen und intensivieren wollen. Wir stehen damit in einer Universitätstradition die auch durch die „Göttinger 7“ im 19. Jahrhundert und durch die Erklärung der „Göttinger 18“ von 1957 geprägt ist. Gesellschaftlich relevante Themen haben also eine Tradition an unserer Universität.



Was verspricht die Universität sich von der Zusammenarbeit mit einer kritischen wissenschaftlichen Nichtregierungsorganisation, wie der VDW?

Ulrike Beisiegel: Kernproblem aber auch Herausforderung bei allen wichtigen globalen Fragen ist meiner Meinung nach, dass viele sich von unterschiedlichen Seiten der Lösung der Probleme widmen. Einige mehr von der alternativen Seite oder einer kritischen Position andere mehr von der traditionellen oder auch konservativen Seite. Erkennbar ist, dass beide Seiten sicherlich Punkte haben, die interessant und zukunftsweisend sind. Der Dialog zwischen den kritischen Organisationen und den mehr traditionellen Universitäten, den stelle ich mir als Präsidentin extrem fruchtbar vor und ich halte ihn für extrem notwendig, damit nicht so viele Kräfte verpuffen in sinnlosem Streit oder oberflächlichen Abgrenzungen. In gemeinsamen Diskussionen, ja im Streitgespräch, wie es ja der NDR auf unserem Kongress veranstalten will, sollte sich den Fragen genähert werden. Möglicherweise können alle auch voneinander lernen und gemeinsame Konzepte auf den Weg bringen. Der Lösung globaler Fragen würde dieses sicher gut tun. Die Zusammenarbeit, gemeinsame Projekte zwischen der Universität Göttingen und der VDW könnten dazu einen Beitrag leisten, vielleicht können sie sogar exemplarisch den Wert der Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen und Institutionen aufzeigen.

Gibt es Perspektiven einer solchen Zusammenarbeit?

Ulrike Beisiegel: Ich denke ja, wir haben ja geplant diesen Kongress unter dem Thema „Wissenschaft, Frieden und Nachhaltigkeit“ mit den Schwerpunkten Ernährung und Armut zu stellen. Das sind Themen der VDW und auch der Universität. Die ersten Überlegungen, die es zwischen der VDW und der Forstfakultät jetzt schon für eine Veranstaltung 2013 gibt, zeigen, dass weitere inhaltliche Anknüpfungspunkte z.B. im Bereich der Biodiversität erkennbar sind. Themenbezogen ist es immer wieder sinnvoll und richtig aufeinander zuzugehen. Dies gilt sicher auch in den Fragen der Friedenssicherung und der Abrüstung besonders der Atomwaffen, hier hat ja die Universität auch eine eigene Tradition. Der Dr. Roland Röhl Friedenspreis steht aktuell für dieses Engagement auch der Universität. Beide - die VDW und die Universität - verbindet auch der Name Carl Friedrich von Weizsäcker. Sein Friedensengagement, aber auch das frühzeitige Erkennen zukünftiger wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen und Anforderungen verbindet und eröffnet durchaus Möglichkeiten für zukünftige Kooperationen. Erst einmal sollten wir uns aber mit der ganzen Kraft der Vorbereitung und Durchführung des vor uns liegenden Kongresses widmen.

Herzlichen Dank. [Das Interview führte Reiner Braun am 31. Oktober 2012.]

Carl Friedrich von Weizsäcker Sonderbriefmarke und passende Umschläge

Restbestände bestellbar unter: info@vdw-ev.de

Stichwort: „CFvW Briefmarke“

Mit Ihrer Bestellung fördern Sie die Aktivitäten der VDW zum 100. Geburtstag von Carl Friedrich von Weizsäcker.



Erschienen: taz vom 26.07.2012

Runder Tisch zur Wissenschaftspolitik „Unbehagen über aktuelle Antworten“ -- Wie bewegt man Forscher dazu, sich vermehrt den Fragen der Zukunft zu stellen? Diese Frage stellt sich die neugegründete Plattform zur Wissenschaftspolitik. Von MANFRED RONSHEIMER

Opposition und Rebellentum hat es in deutschen Wissenschaftsgefülden immer gegeben, vom erbitterten Gelehrtenstreit bis zu politischen Institutsbesetzungen. Dabei handelt es sich in der Regel um Geschehnisse innerhalb des Elfenbeinturms, die von der außerwissenschaftlichen Gesellschaft fasziniert, unverstanden oder gar nicht zur Kenntnis genommen werden. Jetzt gibt es eine neue wissenschaftliche Protestbewegung, die grundsätzlich anders auftritt.

Die Zivilgesellschaftliche Plattform Wissenschaftspolitik, die vor Kurzem in Berlin gegründet wurde, will die Forscher-Community dazu bewegen, sich stärker als bisher mit Fragen zu beschäftigen, die für die Gesellschaft von Bedeutung sind. Sie ist die erste Nichtregierungsorganisation (NGO) für eine Wissenschaftswende.

„In der Zivilgesellschaft wächst ein zunehmendes Unbehagen über die aktuellen wissenschaftspolitischen Antworten auf die wirtschaftlichen und ökologischen Krisen“, erklärt Steffi Ober, die die Plattform in den nächsten zwei Jahren koordiniert. Beim Naturschutzbund Deutschland (Nabu) hat Steffi Ober zuletzt – ungewöhnlich für einen Umweltschutzverband – eine Abteilung für Forschungspolitik aufgebaut. Von dort gab es kritische Stellungnahmen etwa zum Bioökonomie-Programm der Bundesregierung, das die Natur in erster Linie als Wirtschaftsfaktor begreift.

Ab August wird die Plattform-Initiative unter dem Dach der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) umgesetzt. Zur Gründungsveranstaltung kamen Anfang Juli 50 Vertreter von Umweltverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherschutz und entwicklungspolitischen Organisationen in der Berliner Bundesgeschäftsstelle des Nabu zusammen.

Bürger bleiben außen vor

Ihre Kritik ist vielschichtig: Die mangelnde gesellschaftliche Problemorientierung der aktuellen Wissenschaftspolitik, die Technologie-Fixierung ihrer großen Förderprogramme sowie die fehlenden Möglichkeiten zur Partizipation der Zivilgesellschaft an wissenschaftspolitischen Entscheidungen stehen auf der Mängelliste ganz oben.

„Wir wollen langfristige Kapazitäten in der organisierten Zivilgesellschaft schaffen“, erklärt Steffi Ober, um über Strukturen und Inhalte der Wissenschaftspolitik „auf Augenhöhe mitdiskutieren zu können“.

Bisher ist am Tisch der Scientific Community kein Stuhl für die Vertreter der Gesellschaft reserviert, allenfalls für die Ko-Finanziers aus der Wirtschaft. Die „Hightech-Strategie“ der Bundesregierung bündelt etwa die wichtigsten Aktionsfelder der Innovationspolitik, von Pharmaforschung bis zur Verkehrstechnologie.

Die Kursrichtung gibt die Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft vor, ein Gremium von 27 Experten, davon zwei Drittel von Unternehmen und ein Drittel aus Hochschulen und außeruniversitärer Forschung. Die Bürger bleiben auf der Entscheidungsebene außen vor. Ihre Rolle erschöpft sich – neben der Finanzierung per Steuergroschen – auf spätere passive „Akzeptanz“ der Forschungsergebnisse.

Kein Monopol für den traditionellen Wissenschaftsbetrieb

„Entsprechend fallen auch die Empfehlungen der Experten aus“, moniert Plattform-Sprecherin Ober. In der Hightech-Strategie dominieren neue Speichertechnologien und Verkehrsinfrastrukturen. „Aber kein Wort von einer Forschung, die sich mit den grundlegenden Strukturen von Mobilität oder gar mit der Vermeidung von Verkehr befassen würde.“

In den kommenden Monaten wollen die Teilnehmer der zivilgesellschaftlichen Plattform beraten, wie die strategische Ausrichtung der deutschen Forschung von allzu dominanter wirtschaftlicher Nutzung zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung umgesteuert werden kann. Auch andere inhaltliche Schwerpunktsetzungen werden diskutiert. Als Beispiele werden Biodiversität, Welthunger und Suffizienz genannt – Themen, die sich auch die neue innerwissenschaftliche Bewegung der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung auf die Fahnen geschrieben hat.

Den Einwand, mit ihrer Einmischung werde die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit gefährdet, lassen die Plattform-Akteure nicht gelten. Die postindustrielle Gesellschaft sei in solch existenzieller Weise auf Wissen unterschiedlichster Herkunft angewiesen, dass ein Monopol für den traditionellen Wissenschaftsbetrieb nicht mehr statthaft sei.

Vielfältiger Pool an Wissen

„Um das Gemeinwohl optimal zu fördern“, argumentiert Steffi Ober, „ist ein breiter und vielfältiger Pool an Wissen aller Art wie technisches Wissen, sozioökonomisches Wissen, kulturelles Wissen oder Erfahrungswissen notwendig.“ Ob es um Nanotechnologie, Präimplantationsdiagnostik oder Techniken des Geo-Engineering wie die CO₂-Speicherung CCS geht – statt sofort mit fertigen Lösungen aufzutreten, sollten wissenschaftliche Institutionen zunächst die zentralen Fragen formulieren und sie „mit allen wesentlichen Kräften der Gesellschaft diskutieren“.

Auch Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, ist der Überzeugung, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft mehr Pluralität ins Wissenschaftssystem bringt und damit „einen Weg zu mehr Wissenschaftsfreiheit“ darstellt. Vor einigen Wochen präsentierten Schneidewind und andere Ökoforscher ihre Ansätze einer „nachhaltigen Wissenschaft“ den Bundestagsabgeordneten im Forschungsausschuss.

„Wir trafen dort auf sehr offene Ohren“, resümiert Schneidewind. Die Politiker stellten interessierte Fragen nach der Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft.

„Darauf sollten wir jetzt schnell gute Antworten geben“, riet der Wuppertal-Mann auf der Gründungs-Veranstaltung. „Vielleicht gehen die Türen für uns schneller auf als wir erwarten.“

Neue Adresse der VDW-Geschäftsstelle

VDW e.V.
Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Tel.: 030 – 212 340 56
Fax: 030 – 212 340 57

Sie erreichen uns am besten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln: S- und U-Bhf. Friedrichstraße, dann Ausgang „Reichstagufer“ nehmen, über die Fußgängerbrücke die Spree überqueren, in die Albrechtstraße und die erste links in die Marienstr. einbiegen.



Erschienen: 25. Oktober 2012 DIE ZEIT No 44

Verantworten statt antworten

Kritiker fordern von der Forschung mehr Engagement für die Nachhaltigkeit. Im Wissenschaftsjahr »Zukunftsprojekt Erde« wird darüber kontrovers debattiert VON CHRISTIANE GREFE

William Clark präsentiert das Dokument einer Karriere: eine ansteigende Power-Point-Kurve. Sie zeigt, wie das Thema Nachhaltigkeit während der vergangenen dreißig Jahre in der wissenschaftlichen Literatur Fuß gefasst hat. Der Harvard-Professor für Sustainability Science frotzelt: »Irgendwann wird dieses Wort wohl alle anderen verdrängt haben!« – und diese Bemerkung ist mehr als ein Witz. Sie spielt auf ein fatales Paradox an.

Zwar lassen Finanzkrise, Ressourcenknappheit und Klimawandel keinen Zweifel mehr: Damit auch künftige Generationen noch mit genügend Wasser und Wohlstand, Boden und Bildung rechnen können, muss sich das Leben und Wirtschaften entscheidend ändern. Aber dann predigen Agrarpolitiker zwar zu Hause einen schonenden Umgang mit den Böden im Namen dieser Nachhaltigkeit – doch zugleich beanspruchen sie auf anderen Kontinenten zig Millionen Hektar Monokulturen für Treibstoff und Futtermittel. In ein und derselben Gemeinde lassen Stadtgärtner auf umzäunten Fleckchen wilde Arten neu erblühen, während der Wirtschaftsdezernent emsig die letzten Brachen zubetoniert. Ganz offenbar haben alle Reden in Rathäusern und auf UN-Konferenzen, in Firmen und Hochschulen vor allem eines gebracht: ein Glaubwürdigkeitsproblem. Nachhaltigkeit ist eine Leerformel geworden.

Liegt das nur an unzulänglicher Politik? Oder ist auch die Wissenschaft Teil des Problems? Warum konnte sie die Widersprüche nicht auflösen? Über diese Fragen ist bei den vielen Diskussionen im vom Bundesforschungsministerium ausgerufenen Wissenschaftsjahr »Zukunftsprojekt Erde« eine folgenreiche Debatte entbrannt. Sie dreht sich im Kern um ein altes Spannungsfeld: das zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und Freiheit der Wissenschaft.

Die Forschung zerlegt die Welt so sehr, dass die Zusammenhänge verloren gehen

Befeuert wird die Kontroverse durch eine außerwissenschaftliche Opposition. Sie reicht von Umweltverbänden und Kirchen bis zu Stiftungen und Gewerkschaften; aber auch die Deutsche Unesco-Kommission streitet mit, die Öko-Institute und der neue Verbund Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) aus Forschungsinstituten und kleineren Universitäten. Gemeinsam bilden sie eine Berliner Plattform, die sich Ende Oktober wieder trifft und deren Kernthese lautet: Forschung und Lehre zerlegen die Welt so sehr in Einzelteile, dass die Zusammenhänge aus dem Blick geraten. Deshalb werden viele Vorschläge zur Agrar-, Energie- oder Mobilitätswende der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht.

Dafür sehen die Kritiker vor allem drei Ursachen. Die erste: Wissenschaftler interessieren sich zu wenig für die Gesellschaft, in der sie wirken. Das gelte heute sogar für die Soziologie, die zum Beispiel in den sechziger Jahren ein Treiber des gesellschaftlichen Wandels war. Dass die Hochschulen längst mit Langen Nächten und anderen Events die Fühler nach dem Bürger ausstrecken, sei da höchstens ein Anfang und diene oft eher der Selbstdarstellung als dem Versuch, sich kritischen Debatten zu stellen. Meist würden die Folgen der eigenen Arbeit nicht systematisch mitbedacht.

Ein Beispiel: der Agrarkraftstoff E10, der ökologische Wüsten nach sich zu ziehen droht, ohne viel CO₂ einzusparen – und den die meisten Bürger auch von Anfang an nicht wollten. Vor einigen Wochen hat die renommierte Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina diese Nutzung der Biomasse äußerst kritisch zerpfückt. Doch als die Weichen 2006 falsch gestellt wurden, waren aus der etablierten Forschung kaum kritische Stimmen zu hören. Dabei waren die Folgen durchaus absehbar, als die Mineralöl- und Autoindustrie den Beimischungszwang und damit die fatale Logik der Massenproduktion durchsetzte, um keine verbrauchsfärmeren Autos entwickeln zu müssen.

»Die Wissenschaft hat einfach zu eng gedacht«, bestätigt der Nachhaltigkeitsforscher William Clark auch aus den USA, dem Stammland der Ethanol-Exzesse. Und damit benennen die Kritiker einen zweiten Grund: die Konzentration auf immer enger spezialisierte Teilaspekte des eigenen Fachs. Die Anerkennungsregeln des Wissenschaftsbetriebs, meinen sie, behinderten nach wie vor die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Tatsächlich ist E10 vor allem ein Projekt von Technikern und Pflanzenzüchtern; daraus wäre vermutlich nichts geworden, hätte man von Anfang an zum Beispiel Agrarsoziologen und Entwicklungsexperten einbezogen. Doch ob Fördermittel der DFG, Exzellenz- und Berufungskriterien für Professoren oder der Zugang zu Fachzeitschriften: Belohnt würden am sichersten Höchstleistungen in spezialisierten Einzeldisziplinen und noch zu selten Projekte, in denen übergreifend gedacht würde. Der dritte Vorwurf: Die Industrie habe zu viel Einfluss darauf, wie und woran überhaupt geforscht werde. In der »Forschungsunion Wissenschaft – Wissenschaft« zum Beispiel, dem Beratungsgremium der Bundesregierung, diskutierten bislang weniger Hochschulprofessoren als Experten aus Unternehmen von BASF über Daimler bis E.on, meint Steffi Ober vom Naturschutzbund Nabu. Andere gesellschaftliche Organisationen blieben mit ihren Erfahrungen, Perspektiven und Vorschlägen außen vor. Überdies hingen Hochschulen finanziell mittlerweile zu rund einem Viertel ihrer Budgets von Drittmitteln ab; etwa 20 Prozent davon stammen direkt aus der Wirtschaft. Unternehmen reden auch bei einem erklecklichen Anteil der öffentlichen Programme mit.

All das verstärke eine Perspektive, meint Steffi Ober, in der die Nachhaltigkeit eine geringere Rolle spiele als die Produktentwicklung. Die Nabu-Sprecherin geht zum Beispiel auf die Palme, wenn das Bundesverkehrsministerium im Programm Elektromobilität 3,7 Millionen Euro öffentlicher Mittel an Porsche vergibt, damit drei Boxster-Sportwagen mit elektrischem Antrieb in 5,5 Sekunden von 0 auf 100 kommen. Die Erfahrungen mit dem Elektroflitzer will Porsche zwar auf andere Fahrzeugtypen übertragen. Doch Ober fordert ganz andere Prioritäten: »Warum geben öffentliche Geldgeber nicht der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte den Vorzug?« Auch Uwe Schneidewind, Leiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, kritisiert eine solche »Technologiefixierung«. Diese Art der Innovation sei wichtig, aber eben begrenzt – vor allem wegen des sogenannten Rebound-Effektes. Tatsächlich haben Ingenieure seit Jahrzehnten laufend Fahrzeuge, Kühlschränke, sogar Flugzeuge mit immer geringerem Energieverbrauch entwickelt – aber bislang machten mehr Mobilität und neue, stromintensive Geräte die Einsparungen stets wieder zunichte. Nachhaltigkeit könne nur erreicht werden, folgert Schneidewind, wenn soziale Innovationen die technischen ergänzten.

Nach Politik und Wirtschaft soll auch die Wissenschaft Partizipation lernen

Doch Fehlanzeige: Wirksame Anreize für Carsharing, gemeinschaftliche Energieprojekte oder die Nutzung langlebiger Güter würden zu wenig studiert. Bei der Energieforschung der Bundesregierung zum Beispiel fließe nur ein Prozent der Fördergelder in die Sozialwissenschaften. Eher winzig ist auch der Topf, den das Bundesforschungsministerium für Sozialökologische Forschung vorhält. Mit Mitteln des SÖF genannten Programms begleiteten die Öko-Institute lange vor der schwarz-gelben Energiewende Bürger und Kommunen bei der Entwicklung regionaler Versorgungsnetze mit Wind, Biogas und Sonne. Dieser enge Austausch mit der Praxis macht die Umsetzung neuen Wissens und damit den Wandel viel eher wahrscheinlich. Doch das SÖF verfügte bislang über gerade mal 10 Millionen Euro pro Jahr. Allein die Bioökonomie-Strategie der Bundesregierung hat 400 Millionen Euro zur Verfügung. Sie setzt stark auf Hightech – freilich ebenfalls im Namen der Nachhaltigkeit. Klar: Die Konkurrenz um Gelder steht auch hinter der Kontroverse.

Als Nachhaltigkeitsblockade kritisiert der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) zudem ein »Artensterben« gerade bei jenen Disziplinen, die das systemische Denken fördern. Lehrstühle für Freiland-Ökologie etwa seien abgewickelt worden, in denen das Zusammenwirken der Ökosysteme in Landschaften erforscht wurde, was den Strategien für Naturschutz und ökologischen Anbau hätte zugutekommen können. Dafür gebe es jetzt mehr Mikrobiologen, heißt es in einem Memorandum zur »Nachhaltigen Wissenschaft«, denn deren Hightech-Erkundungen lassen auf vermarktbare Saatgut, Arzneimittel oder Diagnosetests hoffen. Auch Toxikologen und andere Risikoforscher stünden auf der »Roten Liste« gefährdeter Fächer, wie auch Agrarsoziologen und Wirtschaftshistoriker.

»Der Wissenschaftsbetrieb muss republikanisert werden«, so formuliert es Stephan Albrecht von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Künftig sollten Bürger, Parlamentarier, Verbändevertreter stärker in den Gremien mitmischen, meint Steffi Ober: »Occupy Forschung«. Die forschungskritische Plattform, die sie in Berlin koordiniert, plant eine Liquid-Democracy-Homepage. Der Ruf nach mehr Partizipation, dem sich Politik und Wirtschaft schon länger stellen müssen, hat auch die Wissenschaft erreicht. Und er zielt nicht nur auf die Entscheidungen über die Forschungsrichtungen, sondern auch auf die Methoden. So will sich die neue Lobby für mehr »transdisziplinäre Forschung« starkmachen, für Vorhaben, die Erfahrungen und Ideen von Konsumenten, Managern, Politikern oder Bauern während des ganzen Forschungsprozesses einbeziehen.

Und wie reagiert »das System« auf die Kritik? Zögern Ministerien, Forschungsgemeinschaften und Hochschulleitungen tatsächlich bei dem Versuch, der Nachhaltigkeitsrhetorik endlich Handeln folgen zu lassen? Mitnichten, meint Karl-Eugen Huthmacher, der im Bundesforschungsministerium die Abteilung für Zukunftsvorsorge und Nachhaltigkeit leitet. In seinen Augen rennt die Wissenschaftsopposition längst weit geöffnete Türen ein.

Gewiss, die Entwicklung neuer Technologien müsse stets einen hohen Stellenwert behalten; schon wegen Deutschlands Exportorientierung. Doch ob bei der Neuauflage des SÖF oder dem Forschungsprogramm Nachhaltigkeit (FONA), bei der Energieforschung oder dem Programm »Morgenstadt«, das erkundet, wie sich urbane Regionen nachhaltig entwickeln: Die fachlichen Schwerpunkte verhandle man jetzt nicht mehr wie früher im Hinterzimmer, betont Huthmacher, sondern in einem öffentlichen »Agendaprozess«. Bei dessen ganztägigen Sitzungen könne jeder Experte oder potenzielle Antragsteller mitreden. Deshalb hält der BMBF-Experte auch die Klage der NGOs für überholt, dass die Wirtschaft das erste Wort habe.

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft weist die Kritik ebenfalls von sich. »Wir fördern ein breites Spektrum von Nachhaltigkeitsprojekten«, sagt Matthias Kleiner. In der DFG entschieden Wissenschaftler selbst über die Anträge, und dabei werde auch keine bestimmte Methode benachteiligt: »Sie müssen hervorragend sein, gleich ob mono-, inter- oder transdisziplinär.« Allerdings gesteht Kleiner zu, dass man sich bei der Begutachtung interdisziplinärer Projekte schwerer tue. In den Gremien müssten dann auch alle Kompetenzen vertreten sein, sonst drohe die Qualität der einzelnen beteiligten Fächer zu verwässern. Und eine Forderung der Kritiker wehrt der DFG-Präsident rundheraus ab. Man werde Nachhaltigkeit nicht als übergeordnetes Kriterium akzeptieren. »Wer kann denn bei der Grundlagenforschung vorher schon sagen, in welche Richtung sich deren Ergebnisse entwickeln?«

Hinter diesem Vorbehalt steht die Sorge der Wissenschaftler, dass ihre akademische Arbeit politisch instrumentalisiert werden könnte. »Gesellschaftliche Verantwortung«, das sei schließlich eine ähnlich schwammige Forderung wie Nachhaltigkeit. Wolfgang Herrmann, Präsident der Technischen Universität München, betont die Freiheit der Forschung. Sie dürfe nicht »von indoktrinierten politischen Haltungen motiviert« sein und bestimmte Technologien wie die Gentechnik verteuern.

Zugleich sieht aber auch der TU-Präsident hohen Bedarf, »dass sich wissenschaftliche Kulturen stärker gegenseitig befruchten und in den Gesamtkontext einordnen müssen«. Die TU richtet zum Beispiel gerade das Munich Center for Technology in Society ein, das Studenten zu übergreifendem Denken »befähigen und inspirieren« soll. Wie einige weitere Nachhaltigkeits-Ansätze von Tübingen bis Aachen war diese Neuerung bei der viel kritisierten Exzellenzinitiative erfolgreich.

Auch anderswo bewegt sich was. Das Wissenschaftsministerium in Baden-Württemberg berief eine Expertengruppe zur »Nachhaltigkeit in der Wissenschaft« ein. Das als industrielastig kritisierte Beratungsgremium Bioökonomierat hat sich in seiner zweiten Arbeitsphase für gesellschaftliche Perspektiven geöffnet. Selbst in den prestigeträchtigen Großforschungszentren werden neuerdings Bürger einbezogen; zumindest im Forschungsverbund »Technologie, Innovation und Gesellschaft«. Da sehe man die Herausforderung der Energiewende nicht mehr darin, ein System aus Kraftwerken und Kabeln durch grünere Kabel und Kraftwerke zu ersetzen, sagt der Programmsprecher Achim Grunwald, sondern als »soziotechnischen«, die ganze Gesellschaft ergreifenden Prozess.

Den Kritikern reicht das alles noch nicht. Sie wollen die neuen Denkansätze auch in den Universitäten stärker etabliert sehen, und dafür soll, wenn es nach Uwe Schneidewind geht, ein »Nachhaltigkeits- Wissenschaftsrat« oder ein »Centrum für Nachhaltige Hochschulentwicklung« sorgen.

Das schwammige Nachhaltigkeitskonzept muss praktisch umsetzbar werden

Und sie arbeiten an transdisziplinären Modellen. Ein Vorreiter dafür ist die Leuphana-Universität in Lüneburg, die sich seit sechs Jahren zur »Universität für die Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts« entwickelt. Dort will Daniel Lang Kommunen zum Beispiel helfen, das schwammige Nachhaltigkeitskonzept praktisch umsetzbar zu machen. Neue Management-Instrumente sollen es den Verwaltungen ermöglichen, die Zukunftsaktivitäten verschiedener Abteilungen besser zu erfassen, zu koordinieren und widersprüchliche Entscheidungen zu verhindern. Dabei arbeitet Lang nicht nur mit dem Politikwissenschaftler und Soziologen Harald Heinrichs und Experten weiterer Fachrichtungen zusammen; auch Praktiker wie der Lüneburger Nachhaltigkeitsdezernent und dessen Kollegin aus Freiburg bestimmen die Fragen und Ziele des Vorhabens von Anfang an mit. Am Ende will der Lüneburger die neuen und alten Stromanbieter erneuerbarer Energien besser koordinieren können; die Freiburgerin hofft auf Kennziffern, die Nachhaltigkeitspolitik monetär ausdrücken und damit besser überprüfbar machen.

Ein weiterer Pionier der transdisziplinären Arbeit ist das Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam (IASS). Dessen Forscher haben besonders die globalen Zusammenhänge im Blick. Da wird zum Beispiel erkundet, wie die weltweit gefährdeten Böden erneuert werden können, wofür sich CO₂ sinnvoll als Rohstoff nutzen lässt oder welche Formen des globalen Regierens den Wandel »umwälzend« befördern. Und immer sind Praktiker dabei – aus aller Welt.

Gegründet wurde das IASS von Klaus Töpfer, dem früheren Chef des UN-Umweltprogramms Unep. Er habe bewusst Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenführen wollen, sagt Töpfer: »Damit wir nicht länger im Nachhinein erklären, was wir eigentlich hätten erforschen müssen.«

Internetpräsenz des Projektes „Zivilgesellschaftliche Forschungswende“, dessen Träger die VDW ist:

<http://www.forschungswende.de/>

